

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2040

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2040



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



2015 - 2019

GRÜNE BILANZ

GRÜNE SIND AUF ERFOLGSKURS

Wir GRÜNE sind als konsequenteste und kompetenteste Partei für mehr Umweltschutz und soziale Verantwortung seit Jahren erfolgreich unterwegs. In den kantonalen Parlamenten haben wir in dieser Legislatur von allen Parteien am meisten Sitze zugelegt und 216 Mandate erreicht – so viele wie noch nie in unserer Geschichte. Wir haben nun in den Kantonsparlamenten 27 Parlamentssitze mehr als glp, BDP und EVP zusammen. In den kantonalen Regierungen stellen wir GRÜNE sieben Vertreter*innen.



Balthasar Glättli
Nationalrat ZH
Fraktionspräsident



Adèle Thorens
Nationalrätin VD
Vize-Fraktionspräsidentin



Aline Trede
Nationalrätin BE
Vize-Fraktionspräsidentin

Eine junge und weibliche Fraktion. Die Grüne Fraktion ist gut und ausgewogen aufgestellt: Sie besteht aus erfahrenen, aber auch aus engagierten und kompetenten neu gewählten Kräften. Sie hat von allen Fraktionen den höchsten Frauenanteil und das tiefste Durchschnittsalter. Während der aktuellen Legislatur stellten wir GRÜNE ein Kommissionspräsidium: Robert Cramer ist Präsident der Rechtskommission des Ständerats (2017–2019).

Gegensteuer zum Rechtsrutsch. Der grosse Einfluss der SVP auf ihre bürgerliche Hauptpartnerin, die FDP, führte in wichtigen Fragen zu einem Rechtsrutsch des Nationalrats und häufig zu Blockaden oder sehr rechtsbürgerlich geprägten Entscheidungen. Um diese Situation zu überwinden, wollen wir GRÜNE unsere Wahlerfolge in den Kantonen auch bei den nationalen Wahlen fortsetzen. Neue Mehrheiten sind nötig – das zeigen auch die zahlreichen und deutlichen Niederlagen der selbsternannten Volkspartei: Sie verlor die Abstimmungen zur eigenen Durchsetzungsinitiative, zur Milchkuh-Initiative, zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation, die Referenden gegen schnellere und fairere Asylverfahren und gegen die Energiestrategie, die No-Billag-Initiative und schliesslich die eigene Selbstbestimmungsinitiative.

Kampf gegen die Klimaerhitzung. Der Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 hat die Schweiz in die Klimaerhitzungssackgasse geführt. Das CO₂-Gesetz wurde von der rechten Mehrheit im Nationalrat bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Wir GRÜNE dagegen brachten auch in dieser Legislatur zahlreiche neue Vorstösse für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ein. So forderten wir, dass ab 2025 nur noch Null-Emission-Autos neu zugelassen werden. Wir blieben hartnäckig dran, den Finanzplatz Schweiz weniger klimaschädlich zu machen – damit Nationalbank, Grossbanken und Pensionskassen endlich ernst machen mit dem Divestment. Und wir wollen eine CO₂-Bremse analog der Ausgabenbremse: Klimaschädliche Entscheide sollen künftig nur noch von einer absoluten Mehrheit des Parlaments getroffen werden können. Doch wir stehen glücklicherweise nicht allein für mehr Klimaschutz ein: Insbesondere die Klimastreiks erhöhen den Druck auf andere Parteien zusätzlich. Zudem würde ein gutes Wahlergebnis der GRÜNEN bei den nationalen Wahlen auch die grünen Bestrebungen der anderen Parteien stärken.

Im Einsatz für die Biodiversität. Der kürzlich publizierte Biodiversitätsbericht der UNO hat erneut deutlich aufgezeigt, wie schlecht es um die Biodiversität steht. Dank den GRÜNEN verfügt die Schweiz zwar über eine Biodiversitätsstrategie, bisher fehlen allerdings die Mehrheiten für einen griffigen Aktionsplan zu deren Umsetzung. Die GRÜNEN haben sich in der ganzen Legislatur hartnäckig für den Schutz der Artenvielfalt eingesetzt. Trotz starkem Gegenwind konnten sie in diesem Bereich einzelne Erfolge erzielen: So wird beispielsweise der Import von illegal geschlagenem Holz verboten, wie es bereits der Gegenvorschlag zur Initiative für

eine Grüne Wirtschaft forderte. Gleichzeitig erhält der Bundesrat die Kompetenz, auch für andere Rohstoffe wie beispielsweise Palmöl ökologische Importkriterien festzulegen. Zudem wird er Strategien zum nachhaltigen Umgang mit Plastik und zum schrittweisen Glyphosat-Ausstieg ausarbeiten müssen. Doch gerade die jüngste Debatte zum Jagdgesetz zeigt: Im Parlament fehlen immer noch die Mehrheiten, um einen wirksamen Artenschutz zu garantieren.

Atomausstieg und Energiewende. Nach Fukushima hatten die meisten Parteien und der Bundesrat einen fundamentalen Wandel in der Energiepolitik angekündigt. Die Energiestrategie 2050 war somit eines der Kerndossiers der vergangenen beiden Legislaturen. Und sie ist den GRÜNEN zu verdanken: Ursprünglich der Gegenvorschlag zur grünen Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie», fand sie an der Urne eine klare Mehrheit und hat unter anderem ermöglicht, dass der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie Realität wird.

Gleichberechtigung und Elternzeit. Für die Gleichstellung von Frau und Mann war die Legislatur keine Erfolgsgeschichte. Doch es gibt einen Lichtblick: die Wahl zweier Bundesrätinnen im Dezember 2018 – jeweils im ersten Wahlgang. Wir GRÜNE setzten uns beim Gleichstellungsgesetz für griffigere Massnahmen zur Lohngleichheit ein – schliesslich resultierte leider nur ein sehr schwacher Kompromiss. Wir GRÜNE stehen aber auch für eine liberale Familienpolitik, welche die verschiedenen Formen des Zusammenlebens respektiert. Wir fordern entsprechend seit Jahren die vollständige Ehe für alle, gleiche Rechte für Regenbogenfamilien und eine Elternzeit, welche diesen Namen verdient.

Gegen Abschottung. Für Lohnschutz. Wir GRÜNE setzten uns seit der knappen Abstimmung vom 9. Februar 2014 für eine Beibehaltung der Bilateralen und für eine nicht-diskriminierende Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ein. Über die Monate gewann diese Haltung bei anderen Parteien an Unterstützung und fand schliesslich 2017 mit der Umsetzung eines Arbeitslosen-Vorrangs eine Mehrheit im Parlament. Dass die weitere Zukunft der Bilateralen mit einem institutionellen Rahmenabkommen gesichert werden muss, ist für uns GRÜNE im Grundsatz unbestritten. Wer das Rahmenabkommen aber ohne Garantie des heutigen Lohnschutzniveaus durchwinken will, missbraucht die EU, um innenpolitische Änderungen auf Kosten der Arbeitnehmenden und der Schweizer Gewerbetreibenden durchzudrücken. Darum lancierten wir GRÜNE einen konstruktiven Lösungsvorschlag: Um von der EU einen besseren Schutz gegen Lohndumping zu erhalten, soll die Schweiz ihr bei der Bekämpfung des Steuerdumpings entgegenkommen.

Wir GRÜNE setzen uns konsequent auch gegen Abschottung ein – kritisieren als wachstumskritische Partei aber gleichzeitig weiterhin das Standortdumping und eine Wirtschaftsförderung, welche auf Tiefstlöhne und Steuerdumping zulasten anderer Länder und besonders des Trikont setzt, statt eine nachhaltige Entwicklung zu stärken. Entsprechend war das Nein an der Urne gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ein riesiger Erfolg. Konsequenterweise haben wir GRÜNE auch gegen die STAF-Vorlage, welche die Fehler der USR III wiederholt, gekämpft.

Liberaler Grundrechte verteidigen. Wir GRÜNE setzten uns auch in dieser Legislatur tagtäglich für den Schutz der Grundrechte ein. Denn Grundrechte sind kein Schönwetterprogramm. Im Gegenteil. So kritisierten wir GRÜNE als einzige Partei konsequent den unkontrollierten Ausbau des Überwachungsstaats und des Geheimdienstes und den Abbau der Grundrechte für Migrant*innen und Asylsuchende. Wir versuchten, das neue Nachrichtendienstgesetz grundrechtskonform auszugestalten, unsere Anstrengungen wurden aber von der rechtsbürgerlichen Mehrheit ausgebremst. Auch unser Referendum führte leider nicht zum Erfolg. Erfolgreich engagierten wir GRÜNE uns hingegen in einer grossen Koalition von Parteien und Nichtregierungsorganisationen gegen die Anti-Menschenrechtsinitiative der SVP.



Personelle Veränderungen in der Fraktion:

Die drei Nationalrät*innen Jonas Fricker, Louis Schelbert und Christine Häslar haben das Parlament im Laufe der Legislatur verlassen. Die Grüne Fraktion dankt ihnen herzlich für ihre Arbeit und ihr grosses Engagement.

Impressum:

GRÜNE Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

Tel. 031 326 66 00

www.gruene.ch

Datum: Mai 2019

Koordination: Sylvie Ricci

Redaktion: Natalina Töndury

Übersetzung: Natalina Töndury

Bilder: Béatrice Devènes

Layout: Roman Gugger



Konzernverantwortung



Sibel Arslan
Nationalrätin BS
Mitglied APK-N, GK und RK-N

MENSCHENRECHTE & UMWELTSTANDARDS

Kinderarbeit auf Kakaoplantagen, tödliche Pestizide: Leider verletzen auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei ihren Aktivitäten im Ausland häufig Menschenrechte und Umweltstandards. Die Konzernverantwortungsinitiative will diesem unverantwortlichen Handeln einen Riegel vorschieben. Eine repräsentative Meinungsumfrage zeigte 2017, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung die Initiative befürworten. Aufgrund dieser klaren Ausgangslage war die Rechtskommission des Nationalrats der Ansicht, dass es einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe braucht.

Wir GRÜNE unterstützen diese Idee und wirkten in der Rechtskommission bei der Erarbeitung des Gegenvorschlags aktiv mit. Dieser fand im Nationalrat eine überraschend klare Mehrheit und wurde auch von zahlreichen Wirtschaftsvertreter*innen unterstützt. Leider wurde er anschliessend in der Rechtskommission des Ständerates in einigen Punkten entschärft und im Plenum des Ständerates knapp abgelehnt. Nun ist wieder der Nationalrat bzw. dessen Rechtskommission am Ball.

Wir GRÜNE werden weiterhin für die nationalrätliche Variante des Gegenvorschlags kämpfen. Fehlt ein wirksamer Gegenvorschlag, werden wir die Initiative engagiert in der Abstimmungskampagne unterstützen.



Energie



Daniel Brélaz
Nationalrat VD
Mitglied FK-N

ES BRAUCHT MEHR FORTSCHRITTE

1979 war ich im Kanton Waadt für die Abstimmungskampagne der ersten eidgenössischen Atomenergie-Initiative verantwortlich (48,8 Prozent der Stimmenden und neun Kantone befürworteten diese, im Kanton Waadt lag die Zustimmung bei 58,2 Prozent). 1990 war ich in der Westschweiz für die Initiative zuständig, die ein AKW-Moratorium für zehn Jahre forderte und von der Stimmbevölkerung und den Kantonen angenommen wurde.

Seit über vierzig Jahren bin ich also in der Energie- und Anti-Atom-Debatte aktiv. Dass die grüne Atomausstiegsinitiative – in der Romandie breit unterstützt, auf nationaler Ebene mit gutem Resultat abgelehnt – im Jahr 2016 scheiterte, war zwar eine Enttäuschung. Doch mit dieser Initiative legten wir GRÜNE den Grundstein für die Energiestrategie 2050, die am 21. Mai 2017 angenommen wurde und den Bau von neuen Atomkraftwerken verbietet. Das ist ein zentraler Schritt in die richtige Richtung – auch wenn die maroden Atomkraftwerke für die Bevölkerung ein immer höheres Risiko darstellen.

Meine Generation hat es nicht nur geschafft, den Bau von neuen Atomkraftwerken in der Schweiz auf Eis zu legen. Nun wurde dieser sogar verboten. Das ist ein grosser Erfolg. Auch wenn der Rückbau die künftigen Generationen noch lange beschäftigen wird.

LANDSCHAFT SCHÜTZEN

Landschaftsschutz 

Im Ständerat bestand eine der Herausforderungen der Legislatur in einer parlamentarischen Initiative zur Aufweichung des Landschaftsschutzes. Sie wollte im Gesetz festschreiben, dass auf den Schutz von Objekten im Bundesinventar verzichtet werden kann, «wenn öffentliche Interessen des Bundes oder der Kantone oder eine umfassende Interessenabwägung dafür sprechen».

Dieser eindeutig verfassungswidrige und von uns GRÜNEN stark kritisierte Text wurde von einer Kommissionsmehrheit abgeändert: Neu sollte der Schutz lediglich abgeschwächt werden dürfen, «wenn bestimmte gleich- oder höherwertige Interessen des Bundes oder der Kantone dafür sprechen» – eine immer noch inakzeptable Forderung. Wir GRÜNE plädierten für ein Nichteintreten auf die Vorlage und wurden dabei in der Vernehmlassung von der Hälfte der Kantone und der Mehrheit der konsultierten Kreise unterstützt.

Schliesslich obsiegte auch bei der Kommission die Vernunft: Sie verzichtete auf die Aufweichung des Landschaftsschutzes.



Robert Cramer
Ständerat GE
Mitglied RK-S, SPK-S und UREK-S

DRUCK FÜR KLIMASCHUTZ

Klimaschutz 

Die Beratung des CO₂-Gesetzes hat gezeigt: Ohne den Druck von uns GRÜNEN geht's im Klimaschutz nicht vorwärts. Das vom Bundesrat vorgelegte CO₂-Gesetz war bereits ungenügend, um der Klimakrise Rechnung zu tragen: Noch 2030 sollten weiterhin neue Fahrzeuge, Heizungen und Maschinen angeschafft werden können, die fossile Energien verbrennen – obwohl wirtschaftlich tragbare klimafreundliche Alternativen vorhanden sind. In der Beratung in der zuständigen Kommission (UREK) ist es uns GRÜNEN gelungen, die eine oder andere Verbesserung zu erreichen – auch dank der Zusammenarbeit mit NGO und anderen Parteien. Leider gab es aber auch Verschlechterungen: So wurden beispielsweise die Anforderungen an Gebäude abgeschwächt.

Im Nationalrat hat die FDP gemeinsam mit den Klima-Zweifler*innen der SVP das CO₂-Gesetz massiv verwässert und sogar das Reduktionsziel für die Schweiz gestrichen. Damit war eine rote Linie überschritten und wir GRÜNE sahen uns gezwungen, das Gesetz in der Schlussabstimmung abzulehnen. Wie die aktuelle Debatte und die Klimastreiks der Schüler*innen nun zeigen, war diese Ablehnung wichtig. Denn nun stehen die Sterne für ein griffiges CO₂-Gesetz besser – wenn die Stimmberechtigten im Herbst ein grüneres Parlament wählen.



Bastien Girod
Nationalrat ZH
Mitglied UREK-N



Klimaschutz



Balthasar Glättli
Nationalrat ZH
Mitglied SiK-N und SPK-N

AB 2025 NUR CO2-FREIE AUTOS

Seitdem die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen initiierte Klima-Bewegung hartnäckig Klimagerechtigkeit einfordert, gewinnt das Thema Klimaschutz endlich auch in der breiten Öffentlichkeit an Gewicht.

Für uns GRÜNE ist ein konsequenter Klimaschutz schon seit Jahren zentral. Und es ist für uns ebenso klar, dass auch der Mobilitätsbereich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Die grünen Prioritäten in der Verkehrspolitik heissen vermeiden, verlagern, verträglich gestalten. Im Sinne dieses letzten Punktes reichte ich schon 2017 eine Motion ein, welche forderte, dass ab 2025 in der Schweiz nur noch Null-Emission-Autos neu zugelassen werden dürfen. Andere Länder haben ähnliche Zielsetzungen formuliert. Im März 2019 kam die Motion zur Abstimmung.

Leider hat es mit den aktuellen Kräfteverhältnissen im Parlament nicht für eine Mehrheit gereicht. Doch ich werde die Forderung erneut einbringen. Denn nur wenn wir GRÜNE dranbleiben, als Kraft, die Kompetenz und Konsequenz im Klimaschutz verkörpert, wird es möglich sein, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.



Landwirtschaft



Maya Graf
Nationalrätin BL
Mitglied GPK-N und SGK-N

INSEKTENSCHUTZ & WENIGER PESTIZIDE

Die Schweizer Landwirtschaft verbraucht trotz Qualitätsstrategie zu viele Pestizide und schadet damit Mensch und Umwelt. Der vom Bundesrat im November 2017 lancierte Nationale Aktionsplan zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ist viel zu zögerlich. Die Grüne Fraktion beschäftigt sich schon lange mit dieser Problematik und hat den Bund in vielen Vorstössen zum Handeln aufgefordert.

Von diversen grünen Vorstössen zum konsequenten Ausstieg aus dem Glyphosat fand im Rat nur das Postulat von Nationalrätin Adèle Thorens eine Mehrheit, das einen Bericht zum schrittweisen Glyphosat-Ausstieg fordert. Zudem reichte ich eine Interpellation zum in Deutschland festgestellten dramatischen Rückgang von Fluginsekten ein: Der Bundesrat musste über die Auswirkungen des Insektensterbens auf Flora, Fauna und Landwirtschaft berichten. Die Antwort: Das Verschwinden der Insekten bedroht die unverzichtbaren Leistungen, welche die Ökosysteme für unsere Gesellschaft und Wirtschaft erbringen. Wir GRÜNE bleiben dran: Die mit 165 000 Unterschriften eingereichte überparteiliche Petition «Insektensterben aufklären» zeigt, dass wir dabei auch die Unterstützung der Bevölkerung haben.

ETAPPENSIEG IM SCHNECKENTEMPO

Gleichstellung ist ein Verfassungsauftrag. Trotzdem ist die Ungleichstellung noch in vielen Bereichen Realität. Weniger Lohn für Frauen, weniger Frauen in politischen Ämtern, Chefetagen, Verwaltungsräten. Vor diesem Hintergrund ist die Revision des neuen Gleichstellungsgesetzes, die Lohnanalysen für Unternehmen ab 100 Mitarbeiter*innen fordert, eigentlich kaum der Rede wert. Und doch ist es ein Erfolg, dass grosse Unternehmen nun Lohnanalysen machen müssen – auch wenn leider keine Sanktionen drohen, wenn sie Frauen weniger Lohn bezahlen als Männern.

Die Gleichstellung muss vorankommen und da ist jeder noch so kleine, hart erkämpfte Schritt wichtig. Denn die aktuellen politischen Mehrheiten behandeln Gleichstellungsthemen, als wären sie eine Nebensache. Die konsequente Umsetzung des Verfassungsauftrags scheitert im Parlament zu oft an bürgerlichen Männermehrheiten. Deshalb ruhen wir uns nicht auf dem Etappensieg des Gleichstellungsgesetzes aus und erklären das Jahr 2019 zum Frauenjahr. Denn es gibt noch viel zu tun, damit unsere Enkeltöchter künftig unseren Enkelsöhnen gleichgestellt sind. Wir sind es ihnen schuldig, hartnäckig zu kämpfen – damit die Fortschritte in Zukunft nicht mehr nur im Schneckentempo erfolgen.

FÜR DIE VOLLE EHE FÜR ALLE

Vor mehr als 20 Jahren forderte die grüne Nationalrätin Ruth Genner in einer parlamentarischen Initiative die Öffnung der zivilen Ehe für alle, um der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen Riegel vorzuschieben. Heute setzen wir GRÜNE uns glücklicherweise nicht mehr alleine für dieses Anliegen ein: Die Rechtskommission hat diesen März ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet, um die Forderung nach einer Öffnung der Ehe gesetzlich umzusetzen. Zurücklehnen können wir uns aber noch nicht: Jetzt gilt es sicherzustellen, dass die Öffnung der Ehe vollständig umgesetzt wird und die mit der Ehe verbundenen Rechte allen gewährt werden. Eine der zwei in die Vernehmlassung geschickten Varianten – dank dem von den LGBTIQ*-Verbänden unterstützten Engagement von uns GRÜNEN in der Rechtskommission zustande gekommen – sieht dies so vor. Sie beinhaltet insbesondere den Zugang zur Samenspende (medizinisch unterstützte Fortpflanzung) für Frauenpaare. Das Adoptionsrecht für alle Paare ist in beiden Varianten unbestritten.

Für uns GRÜNE ist klar: Es ist höchste Zeit, dass Menschen jeder sexuellen Orientierung gleichgestellt werden. Wir lassen nicht locker, bis die Schweiz die vollständige Zivilehe für alle endlich Realität werden lässt.

Gleichstellung 



Irène Kälin
Nationalrätin AG
Mitglied WBK-N

Gleichstellung von LGBTIQ* 



Lisa Mazzone
Nationalrätin GE
Mitglied RK-N und SiK-N



Beziehung Schweiz – EU



Denis de la Reussille
Nationalrat (Partei der Arbeit) NE
Mitglied APK-N

FÜR STÄRKEREN LOHNSCHUTZ

Unsere Beziehungen zur Europäischen Union sind von zentraler Bedeutung und die während dieser Legislatur begonnenen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU stehen kurz vor dem Abschluss. Der Entscheid der britischen Bevölkerung, die EU zu verlassen, blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Debatte und hat die Position der Europäischen Union vermutlich verhärtet.

Für mich als Vertreter der Partei der Arbeit (PdA) ist klar, dass wir unsere Forderungen in den Verhandlungen mit Nachdruck vertreten müssen: Jegliche Vorschläge, die darauf abzielen, die Lohnsituation oder die sozialen Verhältnisse der Einwohner*innen der Schweiz zu schwächen, sind konsequent abzulehnen.

Ein Rahmenabkommen, das die Arbeitsmarktaufsicht schwächt, wird insbesondere für die Randregionen der Schweiz – die bereits heute ein Lohndumping-Risiko tragen – zur Hypothek. Und auch die europäischen Gewerkschaften sind besorgt: Sie haben uns gebeten, bei den flankierenden Massnahmen keinesfalls klein beizugehen. In der Hoffnung, dass der Lohnschutz europaweit zu- und nicht abnimmt.

In der Grünen Fraktion werde ich mich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die rote Linie zum Schutz der Löhne nicht überschritten wird.



Beschaffungsrecht



Regula Rytz
Nationalrätin BE
Mitglied WAK-N

FÜR MEHR NACHHALTIGKEIT

Im öffentlichen Beschaffungswesen ist ein Paradigmenwechsel festzustellen: Früher standen Marktöffnung, Wettbewerb und Preis im Zentrum. Heute werden Qualitätswettbewerb, Nachhaltigkeit und Innovation immer stärker gewichtet – ganz im Sinne der grünen Wirtschaft! Dank der ausgezeichneten Vorarbeit von Louis Schelbert konnte ich in der WAK-N auch in der nationalen Umsetzung der neuen WTO-Vorgaben Wichtiges erreichen. Neu soll nicht mehr der kurzfristig billigste Preis über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen entscheiden, sondern die langfristige Qualität. Auch das ist ein Schritt in Richtung unserer Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Ein grosser Teil des Gewerbes und der Wirtschaft hat erkannt, dass soziale und ökologische Standards eine Chance für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze sind. In einem fairen Wettbewerb setzt sich die Qualität durch. Hier hat das Schweizer Gewerbe die Nase vorn. Das neue Beschaffungsrecht ist also moderne, progressive Wirtschaftsförderung.

Wir GRÜNE erreichten dabei konkrete Verbesserungen: Neu soll die Einhaltung von Umweltvorschriften zu einer expliziten Bedingung für die Auftragsvergabe werden. Erfolgreich verteidigt haben wir zudem das Öffentlichkeitsprinzip.

NACHHALTIGE PLASTIK-STRATEGIE

Seit Jahren engagiere ich mich für eine Wirtschaft und einen Finanzsektor, die auf Nachhaltigkeit beruhen. In dieser Legislatur stimmte die Bevölkerung über die Initiative für eine Grüne Wirtschaft ab. Ich hatte mich stark in der Abstimmungskampagne engagiert und setze mich nun im Parlament weiterhin für den ökologischen Umbau unseres Finanzsektors (insbesondere im Bereich Klimaschutz) und unserer Wirtschaft ein. Wobei ich insbesondere im Bereich Plastik – dieses Materials, das exemplarisch für die Wegwerfmentalität unserer Gesellschaft steht und unsere Abfallcontainer füllt – einen erfreulichen Erfolg erzielen konnte.

Ich forderte den Bundesrat auf, wie die EU eine Strategie auszuarbeiten, um den nachhaltigen Umgang mit Plastik sicherzustellen. Nach dem Modell der Kreislaufwirtschaft soll dabei die unnötige oder nur kurzfristige Verwendung von Plastik reduziert werden, die Produktion soll auf lange wiederverwendbare und wiederverwertbare Plastikprodukte setzen und neue Recycling-Anlagen sollen entwickelt werden. Bundesrat und Nationalrat sind meiner Forderung nachgekommen. Die Schweiz wird also endlich über eine Nachhaltigkeitsstrategie für Plastik verfügen.



Adèle Thorens
Nationalrätin VD
Mitglied UREK-N

Kreislaufwirtschaft 

NEUE AUTOBAHNEN? STOPP DEM BETON!

Wird der Ausbau der Strassen vorangetrieben, kommt neben dem Landschafts- und Lärmschutz auch das Klima unter die Räder. So auch in dieser Legislatur: Mit der Forderung, den Bypass Luzern, eine Kapazitätserweiterung in Lausanne und weitere Umfahrungsprojekte zu bauen, hat sich das Parlament um die klimaschädigenden Auswirkungen eines weiteren Ausbaus der Strassen focht. Zu den Vorschlägen des Bundesrates hinzu hat es obendrein zusätzliche Projekte ins Programm aufgenommen und das Fuder damit total überladen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine andere Verkehrspolitik ein. Denn mit dem Nationalstrassenfonds (NAF) wurde eine immersprudelnde Geldquelle geschaffen, die den Strassenausbau weiter vorantreibt. Der öffentliche Verkehr wird in absurder Weise konkurrenziert und viele Bemühungen der Städte und Agglomerationen für eine Verkehrsverlagerung werden zunichte gemacht. Zudem findet selbst die Minimalforderung, die neuen Projekte siedlungsverträglich zu gestalten, im aktuellen Parlament kein Gehör. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine zukunftsfähige Mobilität ein, die für Umwelt, Klima und Mensch verträglich ist. Und leisten Gegensteuer gegen einen weiteren Autobahnausbau.



Michael Töngi
Nationalrat LU
Mitglied GPK-N und KVF-N

Verkehr 



Gleichstellung

ELTERNZEIT JETZT!



Aline Trede
Nationalrätin BE
Mitglied WBK-N

Mit der Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub ist die Frage, wie viel «Urlaub» nach der Geburt angemessen ist, einmal mehr im Parlament angekommen.

Wir GRÜNE stellen uns zwar klar hinter die Initiative. Wir sind aber der Überzeugung, dass vier Wochen Vaterschaftsurlaub eigentlich zu wenig sind und dass es eine flexible Elternzeit braucht. Unsere Forderung von 18 Monaten Elternzeit nach dem Vorbild der skandinavischen Länder war bisher leider chancenlos.

Dem Ständerat waren sogar die von der Initiative geforderten vier Wochen zu viel. Er hat daher einen Gegenvorschlag formuliert: zwei mickrige Wochen Vaterschaftsurlaub. Traurig genug, dass sogar dies bereits ein Fortschritt ist: Anfang Legislatur wurde ein Vorstoss mit gleichem Inhalt nämlich noch abgelehnt. Die Grüne Fraktion wird sich weiterhin für eine richtige Elternzeit einsetzen, damit die Gleichstellung auch in diesem Bereich endlich Realität wird.